

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verlag: Neudruck-Verlag
Hauptstadt: Dresden
Postfach: 10 241
Telefon: 20 011
Schulstraße 11
Dresden - L., Reichenstraße 15/16

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 1.20 RM. (einschl. d. 70 Pfg. für Zustellung), bei wöchentlich zweimaliger Auslieferung monatlich 1.00 RM. (einschl. d. 70 Pfg. für Zustellung) bei einmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Tagesausgabe: Die einseitige 50 mm breite Seite 20 Pfg., für andererseits 40 Pfg., die 90 mm breite Seitenzahl 300 Pfg., außerhalb 200 Pfg. abg. Anzeigenpreise nach Stellungsort und Stellung nach dem Tarif. Anzeigenpreise nach dem Tarif. Anzeigenpreise nach dem Tarif.

Preis d. Zeitung: 10 Pfg. für den Abonnenten, 20 Pfg. für den Einzelkäufer. Die Zeitung wird nur mit dem Postzahlschein (Dresden, Markt) geliefert. Unentgeltliche Zustellung werden nicht aufbewahrt.

Angriff Polens auf Danzigs Staatshoheit

Auslieferung der Zollverwaltung verlangt

Danzig, 11. März. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat Polen am 1. März beim Völkerbundskommissar einen Antrag auf Entscheidung gestellt, der nicht mehr und nicht weniger als die völlige Auslieferung der Zollverwaltung an Polen fordert. Polen beansprucht für sich auch auf Danziger Gebiet das Recht der Durchführung der polnischen Zollmaßnahmen. Das umfangreiche polnische Schriftstück umschließt 15 Punkte. Der Senat hat sich heute damit befaßt.

Polens Rolle im Donauebundplan

Warschau, 11. März. Die halbamtliche Jutra-Agentur veröffentlicht eine Erklärung des seit längerer Zeit in Paris weilenden maßgebenden Senators des Regierungsbüros Targowski über den französischen Donauebundplan. Nach Targowski soll der französische Plan nichts anderes als die Fortsetzung und teilweise Erweiterung des polnischen Agrarökonomiegedankens sein und der Beginn einer ganzen Reihe von Verhandlungen zwischen den einzelnen in Frage kommenden Staaten.

Die Ansicht, daß Polen bei dem französischen Vorschlag umgangen worden sei, sei ein Mißverständnis.

Frankreich habe Polen in sonderbarer Weise verhandelt. Es sei aber zu berücksichtigen, daß Polen in Folge seiner geringfügigen Lage und machtpolitischen Stellung eine eigene Vertragspolitik treiben müsse. Zweifellos scheint man in maßgebenden polnischen Kreisen Vorzügen wegen der, wie es heißt, recht unübersichtlichen Rolle der Tschechoslowakei stark verärgert zu sein, die sich die größte Mühe gegeben haben soll, den politischen Bruderstaat von dem aus dem Donauebund erhofften Geschick fern zu halten.

Nur Zeit befinden sich in Warschau alle polnischen Gesandten aus den einzelnen Donaubaustaaten und beraten im Außenministerium über die weiteren Schritte Polens. Der letzte polnische Vorschlag eines Zollfriedens mit Deutschland erscheint in diesem Zusammenhang nur als ein nicht ernst gemeintes taktisches Manöver, das als Warnungsspielchen zu bewerten ist.

Sensationelle Erklärungen Leon Blums

Paris, 11. März. Der Sozialistenführer Leon Blum befaßt sich am Freitag im „Populaire“ eingehend mit dem Donauebundplan Targowskis. Leon Blum erklärt, man habe die deutsch-französischen Kollusionen mit der Begründung verbündet, daß jede wirtschaftliche Anbahnung nachdringender auch zu einer politischen führen müsse. Was für Deutschland und Österreich gelte, gelte jedoch

auch für die Donaubaustaaten untereinander. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärt Blum, aus gut unterrichteter Quelle erfahren zu haben,

daß die Initiative zur Schaffung der Donauebundorganisation nicht von Targow, sondern von Ungarn ausgegangen sei.

Friedrich und Gray hätten nach vorheriger Verständigung mit dem Grafen Bethlen den Vorschlag eingebracht, und Targow habe alle Mühe gehabt, die Tschechoslowakei dazu zu bewegen, sich dem Vorschlag anzuschließen. Die 600-Millionen-Anleihe an die Tschechoslowakei habe ihm hierbei als willkommenes Druckmittel gedient.

Wenn sich diese Annahme bestätigen sollte, so betont Blum, dann stehe man einer ungarischen Intrige gegenüber, hinter der sicherlich auch Italien stehe. Die erste Auswirkung des Planes würde die Festlegung des Regimes Bethlen-Karanyi in Ungarn und desjenigen Seipel in Österreich sein.

Damit würde man also die Wiederherstellung der alten österreichisch-ungarischen Monarchie begünstigt haben,

die sich ihrerseits recht bald wieder an Deutschland anlehnen würde. Daraus folge, daß man jeden Schritt von der vorherigen Festlegung des republikanischen Systems abhängig machen müsse. Solange dies nicht der Fall sei und solange in Österreich und in Ungarn — ebenso wie in Südtirol — ein wahrhaftes und widerstandsfähiges republikanisches System nicht bestünde, würde sich jede französische Unternehmung schließlich nur gegen Frankreich selbst richten. Der Druck, den die französische Regierung im Augenblick auf die Donaubaustaaten ausübe, müsse sich daher in dieser Richtung bewegen.

Doch Einzelrichter im Memelstreit?

Genf, 11. März. Die Juristen der vier Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens haben heute vormittag endgültig einen Vorschlag für das Verfahren zur Regelung der Memelfrage ausgearbeitet. Der Vorschlag wird der englischen, französischen, italienischen und japanischen Regierung zur Entscheidung vorgelegt werden. Er ist gleichzeitig der litauischen Regierung übermittelt worden. Ueber den Inhalt des Vorschlages, der vorläufig noch streng geheim gehalten wird, verlautet, daß eine Regelung der Memelfrage durch Entscheidung eines Einzelrichters und nicht durch den Danziger Gerichtshof empfohlen wird. Die Person des Einzelrichters soll durch die beteiligten Regierungen bestimmt werden. Man nimmt an, daß die Entscheidung der vier Regierungen noch einige Tage in Anspruch nehmen wird.

Deutschland und die englische Kohle

London, 11. März. Die deutsche Regierung hat, wie der Berliner Korrespondent der „Times“ meldet, der englischen Botschaft in Berlin ihre Antwort auf den Fragebogen überreicht, in dem die englische Regierung um Erläuterungen zu den letzten Einfuhrbeschränkungen für englische Kohlen ersucht hat. Ueber den Inhalt der deutschen Antwort erzählt der „Times“-Korrespondent von unabhängiger deutscher Stelle:

„Einleitend gibt die deutsche Regierung zu, daß die Einschränkung der Einfuhr englischer Kohle zu einer Erhöhung der heimischen Produktion geführt habe, und sucht dann diese mit verschiedenen Auffassungen der Lage zu belegen. Unter Aufzählung statistischer Material weist die deutsche Regierung darauf hin,

daß die englische Dunkerkohle nicht betroffen, sondern nur die Einfuhr ins Inland auf 1,5 Millionen Tonnen beschränkt wird.

Die im englischen Unterhaus ausgesprochene Beschränkung, daß die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland um mehrere Millionen Tonnen zurückgehen müsse, treffe daher nicht zu. Die Gründe für die deutsche Politik seien wirtschaftlich. Die kritische Lage der deutschen Kohlenindustrie sei zum großen Teil auf die Einführung des Bundes zurückszuführen, die der englischen Kohlenausfuhr erhebliche Vorteile gebracht habe. Es sei also verständlich, wenn Deutschland wenigstens zeitweilig die Überlegenheit eines ausländischen Konkurrenten beibehalten wolle, um so mehr,

da Deutschland keine Gegenmaßnahmen gegen die jetzige englische Einfuhrpolitik, zum Beispiel die Sonderzölle, ergreifen habe.

Die englische Kohlenausfuhr sei keiner Ausnahmehandlung unterworfen. England werde noch immer an erster Stelle der Länder stehen, die nach Deutschland Kohlen einführen. Wenn Deutschland die Einschränkung der Kohleneinfuhr zu Verhandlungen über die Grundlage der gegenseitigen Handelsbeziehungen hätte ausnutzen wollen, so würde ein früherer Zeitpunkt für die Einfuhrbeschränkungen gewählt worden sein. Deutschland habe im Gegenteil sogar eine Zunahme der englischen Einfuhren während der Monate nach dem Abgehen vom Goldstandard und der Einführung der neuen englischen Zölle zeitweilig zugelassen.“

Dr. Brandes erhält den Adlerschild

München, 11. März. Anlässlich des 70-jährigen Geburtstages des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Brandes fand in der hiesigen Stadthalle eine Feier statt, bei der der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. L. C. Schiele die Verleihung des Adlerschildes an Dr. Brandes bekanntgab und die Glückwünsche des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und seines Ministeriums überbrachte.

Der Minister betonte in seiner Ansprache, daß es gegenüber den in der heutigen Zeit befundenen Organisations- und Parteibedürfnissen für alle verantwortungsvollen Führer nur den Weg sachlicher und nächster Arbeit gebe.

Die nach kunstsinniger Plaudation der Feiler der Vergangenheit den Weg in eine bessere Zukunft bahne.

In einer Zeit, der es so sehr an wirklichen Führern gebrähe, wählten bewährte und pflichtbewusste Männer wie Präsident Brandes auf ihrem Posten anzuhalten, getreu dem Beispiel, das der nunmehr 70-jährige Reichspräsident gebe.

Minister Schiele verlas dann ein Schreiben des Herrn Reichspräsidenten, in dem es u. a. heißt: „Zeit nahezu 20 Jahren haben Sie an führenden Stellen selbstlos und weislich der deutschen Landwirtschaft und dem Landvolke erfolgreich gedient. Sie haben Ihre Lebensarbeit insbesondere der Sicherung und Förderung des bedrohten deutschen Ostens gewidmet. Durch alles dieses haben Sie sich bleibende Verdienste und den Dank des Vaterlandes erworben. Diefem Dank und meiner besonderen Anerkennung verleihe ich dadurch Ausdruck, daß ich die höchste Ehrung, die das Deutsche Reich zu vergeben hat, den Adlerschild, Ihnen, dem bewährten Führer der deutschen Landwirtschaft, dem Hüter der Heimatscholle, zuerterne.“

Die Landwirtschaftliche Hochschule in Göttingen hat den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Ernst Brandes, aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum Ehrendoktor ernannt.

Ehrung deutscher Wirtschaftsführer

Paris, 11. März. Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat in seiner heutigen Sitzung auf Vorschlag von Ernst Ducommun (Paris) und Sir Arthur Hallsour (London) Herrn Franz von Mendelssohn zum Ehrenpräsidenten, und Herrn Abraham Frowein, Vorsitzenden der deutschen Gruppe, zum Präsidenten der Kammer ernannt. Die Vorschläge wurden einstimmig ratifiziert. Am Anlaß an die Wahl ernannte Frowein in seiner Eigenschaft als Präsident ein Dekret über die allgemeine Wirtschaftslage.

Bürgermeister Dr. Bühner Nationalsozialist

Wichtige Auflagen gegen die SPD.

Dresden, 11. März. Bürgermeister Dr. Bühner, der bekanntlich vor einigen Tagen aus der SPD ausgetreten war, hat inoffiziell sein Beitrittsgesuch bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eingereicht und ist bereits als Mitglied aufgenommen worden.

Er selbst teilt dazu folgendes mit: Die Gründe, die mich zum Austritt aus der SPD. bestimmt haben, sind klar und einfach. — Als ich im Dezember 1927 mein Amt als zweiter Bürgermeister der Stadt Dresden antrat, befanden sich die finanziellen Finanzen in einem bedauerlichen Zustand. Die Stadt hatte unter Billigung vieler hiesiger Kollegen Aufgaben übernommen, die über den Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit weit hinausgingen. Dies trat sichtbar in Erscheinung in Gestalt eines nicht ausreichenden Haushaltsplanes und in dem raschen Anwachsen der Anleiheverschuldung. So, wie die Dinge lagen, mußte die einmal eingeschlagene Richtung der Finanzpolitik zunächst beibehalten werden. Als man aber mit Sicherheit erkannte, daß diese ungesunde Entwicklung weder durch eine Herabsetzung des Finanzsaufschlages noch durch die Übernahme eines Teiles der Wohlfahrtsarbeiten durch das Reich beendet werden könnte, blieb als Weg zur Sanierung nur eine völlige Umkehr und eine scharfe Ausgabenbeschränkung. Alle dahingehenden Maßnahmen, zunächst nur zögernd ergriffen, ließen auf den fortwährenden Widerstand der SPD. Die beim mangelhaften Ausgabenwirtschaft wurde fortgesetzt, ohne daß man sich Gedanken über die Deckungsmittel machte. Dabei geriet man mit der eigenen Reichspolitik fortwährend in Widerspruch. Eine solche Gemeindepolitik führt zum Ruin und zeigt gleichfalls,

daß die SPD. überhaupt nicht fähig ist, eine brauchbare Gemeindefinanzpolitik zu treffen.

Gegen das Dampfbüchel, den Versailles Vertrag, den Donauplan und die Reparationen, wagt man nicht vorzugehen und experimentiert an peripheren Erscheinungen der Krise herum, zu deren Lösung in der gesamten marxistischen Idee kein Rezept zu finden ist. Für einen verant-

wortungsbewussten Menschen gibt es nur einen Ausweg aus dieser Misere: Weg von einer Partei, die sich in unüberwindliche politische und wirtschaftspolitische Widersprüche verwickelt, die wegen starrer Festhaltens an überholten Theorien praktische wirtschaftliche Arbeit nicht leisten kann, die einem erkrankten Phantom nachläßt, an das ihre Führer nicht mehr glauben und in unbefehlbarer Verbildung einer Entzweiung aufgehen, an deren Ende nicht — wie sie den Massen predigt — das Wohlergehen aller, sondern die Armatalier steht.

Wieghaar nicht der Dieb des Federmantels?

Göttingen, 11. März. Der wegen Verdachtes des Diebstahls im Göttinger ethnographischen Institut in Dresden verhaftete Student Wieghaar ist gestern nach Göttingen gebracht und sofort vernommen worden. Wieghaar leugnet, irgend etwas mit dem Diebstahl zu tun zu haben. Seine Aussage, daß er in der fraglichen Nacht in der Wohnung eines Göttinger Oberkellners gewesen sei, um diesen zu porträtiert, hat sich als zutreffend herausgestellt, jedoch befindet sich noch eine Lücke in seinem Alibi.

Anschlag auf einen Großbankdirektor

Berlin, 11. März. Ein sensationeller Anschlag auf den Leiter einer Berliner Großbank, der auch im politischen Leben eine Rolle spielt, wurde vom Hausbesitzer des Berliner Volksgartenbundes in letzter Stunde vereitelt. Der Attentäter, der den Bankdirektor erschossen wollte und seine Wille in Dohlem mit Komplizen auszunutzen gedachte, wurde festgenommen.

Freilassung der Lappo-Führer erwartet

Helsinki, 11. März. Man erwartet, daß der Lappoführer Kosola und die übrigen Verhafteten bereits in den nächsten Tagen freigelassen werden. Die Untersuchung hat nichts Neues ergeben und weitere Verhaftungen sind nicht vorgenommen worden.